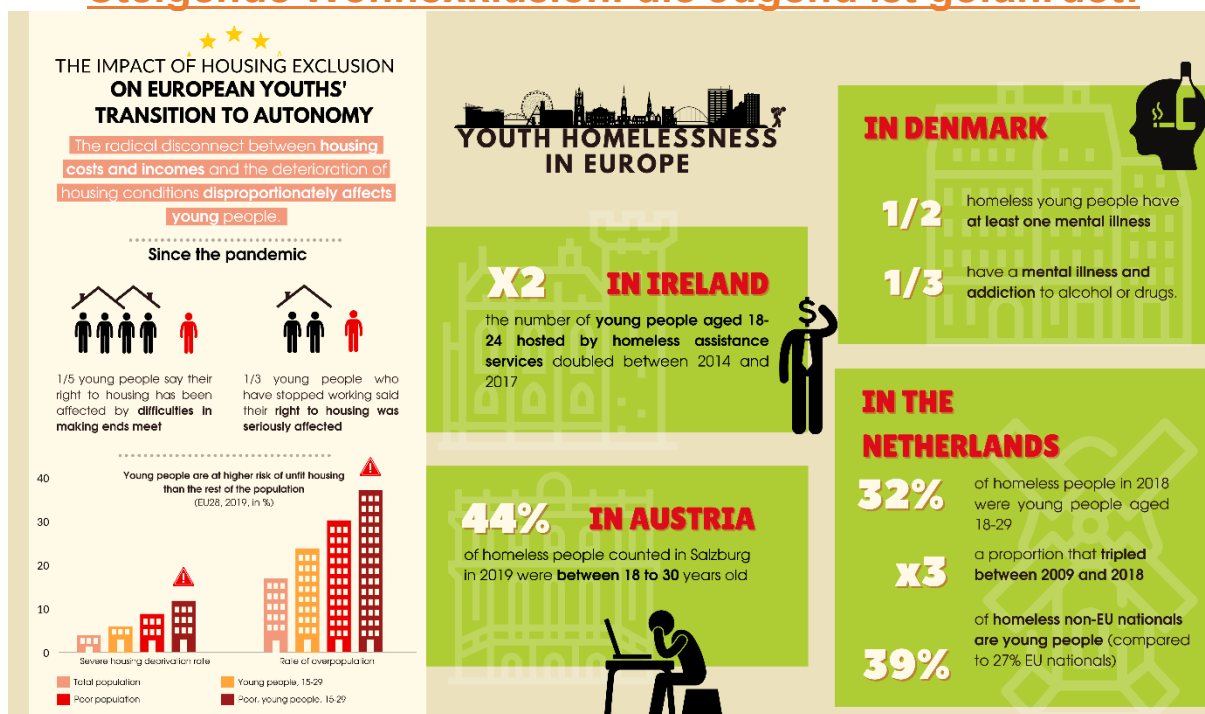


Der sechste Überblick über die Wohnexklusion in Europa 2021

Zusammenfassung

Die Stiftung Abbé Pierre und FEANTSA werden am 6. Mai 2021 ihren sechsten Überblick über die Wohnexklusion in Europa veröffentlichen. Dieser neueste Bericht konzentriert sich auf junge Menschen, die stärker als andere Gruppen von Wohnexklusion betroffen sind, insbesondere wenn sie arm sind, was schon vor der Covid-19-Pandemie der Fall war. Der Bericht zieht auch eine Bilanz der Armut, die in Europa mehr als ein Jahr nach Beginn der Pandemie immer weiter steigt.

Steigende Wohnexklusion: die Jugend ist gefährdet!



Source: Abbé Pierre Foundation and FEANTSA, Sixth Overview of Housing Exclusion in Europe 2021.

Junge Menschen stehen an vorderster Front der Pandemie und sind besonders von Armut und der strukturellen Dysfunktion der Wohnungsmärkte betroffen.

Laut Caritas ist die Nachfrage nach Nahrungsmittelhilfe in Westeuropa allein zwischen März und Mai 2020 um ca. 25-30% gestiegen.¹ In **Frankreich** mussten seit Beginn der Pandemie 20% der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren auf Nahrungsmittelhilfe zurückgreifen, während 35% fürchten, dass sie ihre Wohnkosten im Jahr 2021 nicht mehr tragen können.²

Was die Beschäftigung anbelangt, so verlor ein Drittel der Arbeitnehmer*innen im Alter von 18 bis 24 Jahren im **Vereinigten Königreich** aufgrund der Pandemie den Arbeitsplatz oder wurde entlassen, verglichen mit einem Sechstel der Arbeitnehmer*innen über 24 Jahren.³ In **Irland** waren junge Leute zwischen 15–24 Jahren am stärksten vom Arbeitsplatzverlust sowie von Kurzarbeit betroffen. Im April 2020 waren rund 46% der jungen Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit und mehr als ein Fünftel - d. h. 22% - verloren ihren Arbeitsplatz.⁴

Schon vor der Pandemie waren **junge Menschen**, insbesondere solche, die unter der Armutsgrenze leben, stärker von Wohnexklusion betroffen als andere Gruppen.

- Junge Menschen haben regelmäßig Schwierigkeiten, das Elternhaus zu verlassen oder kehren dorthin zurück – wenn es die Ressourcen und die Beziehung zu ihren Eltern es erlauben –, weil sie es sich nicht leisten können, allein zu leben. In **Dänemark** ist die Zahl der jungen Menschen, die zurück in ihr Elternhaus ziehen, zwischen 2009 und 2018 um 12% gestiegen.
- Junge Menschen zahlen besonders **hohe Mieten**. In einigen Hauptstädten mit besonders angespannten Wohnungsmärkten kann die durchschnittliche Miete für eine Zweizimmerwohnung mehr als 100 % des Durchschnittseinkommens einer Person im Alter von 18 bis 24 Jahren ausmachen. Dies ist der Fall in Amsterdam (EUR 1.675 Durchschnittsmiete im Vergleich zu EUR 1.605 Durchschnittseinkommen), Helsinki (EUR 1.398 Durchschnittsmiete im Vergleich zu EUR 1.363 Durchschnittseinkommen) und Lissabon (EUR 1.105 Durchschnittsmiete im Vergleich zu EUR 910 Durchschnittseinkommen), genauso wie in London, Paris und Barcelona.
- Junge Menschen leben häufiger in **schlechten Wohnverhältnissen**, d.h. in Substandardwohnungen und sehen sich häufiger gezwungen, mit anderen zusammen zu leben, auch sind sie stärker von **Energiearmut** betroffen. Etwa 23,5 % der 15- bis 29-Jährigen lebten 2019 in überbelegten Wohnungen, verglichen mit 15,6 % der Gesamtbevölkerung.⁵

Diese Wohnverhältnisse wirken sich negativ auf den Weg junger Menschen in die Selbstständigkeit aus.

Regierungen müssen diesen Weg in die Selbstständigkeit sowohl in Bezug auf die **Wohnung** als auch auf die **Beschäftigung** sicherer machen, wobei ein **Mindesteinkommen, der Zugang zu einer universellen Mietgarantie und ein besseres Wohngeld** wichtige Instrumente sind, die ein Sicherheitsnetz beim Eintritt in die Arbeitswelt bieten.

¹ 'Escala la pobreza – Coronavirus en Europa: largas filas para pedir bolsas de comida, otra postal de la pandemia' ['Scale of Poverty – Coronavirus in Europe: long queues for food aid, another sign of the pandemic'], *Clarín Mundo*, 16 May 2020, available at: https://www.clarin.com/mundo/coronavirus-europa-largas-filas-pedir-bolsas-comida-postal-pandemia_0_p_8b2B4Sr.html

² Ipsos survey of 1,000 people exclusively carried out for the Abbé Pierre Foundation – 14 and 15 January 2021.

³ Resolution Foundation Study, 2020, in Joseph Rowntree Foundation (2021), UK Poverty 2020/21, available at: <https://www.jrf.org.uk/report/uk-poverty-2020-21>

⁴ Central Statistics Office (2020), Employment and Life Effects of Covid-19, available at:

<https://www.cso.ie/en/releasesandpublications/er/elec19/employmentandlifeeffectsofcovid-19/>

⁵ Eurostat, 2021 – Rate of overcrowding by age, sex and income group – general population – EU-SILC survey [ilc_lvho05a].

In **Dänemark** zum Beispiel wurden die Sozialleistungen für junge Menschen seit 2014 gekürzt.⁶ Dies führte zwischen 2009 und 2017 zu einem Anstieg junger wohnungsloser Menschen um 104% und zeigt, welche Schlüsselrolle eine angemessene finanzielle Unterstützung spielt.

Um junge Menschen vor Wohnexklusion zu schützen, sind maßgeschneiderte Wohnungsangebote und innovative Lösungen nötig, d.h. die Entwicklung von Studentenwohnungen, kleinen erschwinglichen Wohneinheiten, betreutes Wohnen für junge Arbeitssuchende und Arbeitnehmer*innen sowie vermehrtes generationenübergreifendes und multikulturelles Wohnen. Bis jetzt hat sich die europäische Politik auf Beschäftigung und Ausbildung konzentriert, ohne die Bedeutung von menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum als Voraussetzung für die Unabhängigkeit zu berücksichtigen.

Wenn in der Europäischen Union nicht rasch Präventionsmaßnahmen eingeführt werden, die speziell der massenhaften Wohnexklusion junger Menschen entgegenwirken, werden viele junge mittellose Personen in die Wohnungslosigkeit getrieben. Da die Unterbringungssysteme in allen Mitgliedstaaten bereits überfüllt sind, werden viele Menschen nicht in der Lage sein, in Würde zu leben, und in eine Spirale extremer Armut hineingezogen und zu den chronisch wohnungslosen Erwachsenen des "anderen Europas" von morgen werden.

Laut einer Studie von Dennis Culhane war die Zahl der wohnungslosen jungen Menschen, die in den 1980er Jahren in den Vereinigten Staaten explodierte, das Ergebnis einer großen Wirtschaftskrise, und diese chronisch wohnungslosen Menschen leben heute immer noch auf den Straßen der US-Städte. Vor Kurzem schätzte die britische Regierung, dass in 30 Jahren 630.000 junge Menschen nicht in der Lage sein werden, die Miete auf dem privaten Wohnungsmarkt zu bezahlen, sobald sie in Rente gehen. Dieses Szenario sieht eine Krise mit einer hohen Anzahl wohnungsloser Rentner*innen voraus, falls dieses Problem nicht sofort angegangen wird.⁷

Dieser Gefahr müssen sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten stellen: trotz der Dringlichkeit ist jetzt noch Zeit zum Handeln.

Die Covid-19-Pandemie und Wohnungslosigkeit - Regierungen müssen jetzt handeln

⁶ Danmarks Statistik – FEANTSA/FAP Questionnaire Denmark 2021.

⁷ Best, R. & Martin, A. (2019).



Source: Abbé Pierre Foundation and FEANTSA, Sixth Overview of Housing Exclusion in Europe 2021.

Laut einer Eurostat-Studie geben **vier von 100 Menschen an, mindestens einmal in ihrem Leben wohnungs- oder obdachlos gewesen zu sein**; die Spanne reicht von einem von 100 in **Ungarn** bis zu zehn von 100 in **Dänemark**. Drei von 100 Personen mussten vorübergehend bei Verwandten wohnen, während eine von 100 Personen berichtet, dass sie auf der Straße, in Not- oder Übergangsunterkünften oder an einem Ort, der kein Wohnraum ist, gelebt hat.

Ein Drittel der Befragten gab an, dass familiäre und/oder Beziehungsprobleme die Hauptursache für Wohnungsschwierigkeiten waren - vor allem in **Ungarn** und **Großbritannien**, wo dies mehr als 45 % der Befragten betraf. Etwa **25% nannten Arbeitslosigkeit, und finanzielle Probleme, weitere 17% das Ende des Mietvertrags oder unbewohnbaren Wohnraum als Hauptursache**.

Die Zahl der Wohnungslosen, die unter **unwürdigen Bedingungen** leben, also Bedingungen, die gegen die grundlegendsten Menschenrechte verstoßen, hat in mehreren europäischen Städten ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht - ein weiterer Beweis für die Überforderung der Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe in ganz Europa.

Notfallbudgets und -dienste werden immer weiter aufgestockt, ohne dass dies zu zufriedenstellenden Ergebnissen für die Betroffenen führt. Aufgrund der Pandemie mussten mehr Plätze in Not- und Übergangsunterkünften geschaffen werden, während die Budgets bereits seit mehreren Jahren stetig steigen. In Dublin hat sich das Budget für Notunterkünfte zwischen 2014 und 2018 fast verdreifacht und stieg auf 118 Millionen Euro im Jahr 2018.

Die Profile wohnungsloser Menschen werden immer vielfältiger, wodurch sich die Unterstützungsdienste verändern und an die spezifischen Bedürfnisse von Kindern, jungen Menschen, Frauen, Senioren usw. angepasst werden. In **Polen** zeigte eine alle zwei Jahre durchgeführte Erhebung in einer bestimmten Nacht im Februar 2019, dass **33 % der Obdachlosen über 60 Jahre alt waren, verglichen mit 21,7 % im Jahr 2013**.

In den kommenden Monaten besteht ein hohes Risiko einer durch Mietrückstände ausgelösten Welle von Zwangsräumungen. Etwa 7,7 % der armen Haushalte waren 2019 in der EU28 mit der Miete oder Hypotheken im Rückstand. In den letzten zehn Jahren wurde in 13 Ländern ein Anstieg des Anteils der armen Haushalte mit Mietrückständen beobachtet. Laut einer Eurofound-Studie zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben Zahlungsrückstände und finanzielle Instabilität durch die Pandemie stark zugenommen. In **England** waren zwischen März und August 2020 etwa 5% der Mieter auf dem privaten Markt im Rückstand.

Hinzu kommt der Anstieg der Armut als Folge der Pandemie. Die Arbeitslosigkeit nimmt in ganz Europa zu, und die Organisationen der Nahrungsmittelhilfe verzeichnen eine steigende Nachfrage. In **Italien** haben während der ersten Phase der Pandemie von März bis Mai 2020 445.585 Menschen materielle Hilfe von Caritas Italiana angefordert was einem Anstieg von 129% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

"Housing First"-Programme und Maßnahmen können einen großen Beitrag zur existentiellen Sicherheit und sozialen Absicherung leisten. In der **dänischen Stadt Odense** war die Umsetzung von Housing First, in Zusammenarbeit mit den Vermietern von Sozialwohnungen, ein großer Erfolg -- die Zahl obdach- und wohnungsloser Personen ist innerhalb von zehn Jahren um 40% gesunken. In **Finnland** führten aufeinanderfolgende Housing-First-basierte Programme zu einem stetigen Rückgang sowie der Prävention von Obdach- und Wohnungslosigkeit. Die Obdach- und Wohnungslosigkeit ging zwischen 2009 und 2019 um 45% zurück.⁸

Ohne weitgreifende präventive Maßnahmen wird eine neue Welle von Wohnungs- und Obdachlosigkeit Betroffener den Druck auf die Obdachlosenunterkünfte und Aufnahmesysteme erhöhen, die bereits seit mehreren Jahren überlastet sind. Die Folgen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind verheerend für das Leben und die Gesundheit der Betroffenen, und irreparabel für besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder, Jugendliche und ältere Menschen.

Empfehlungen

- **Die EU muss klare Ziele für die Reduzierung und Beseitigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit setzen.** Um den Grundsatz 19 der Europäischen Säule sozialer Rechte zu Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose umzusetzen, kündigte die Europäische Kommission den Start einer Europäischen Plattform zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit für das dritte Quartal 2021 an. Die Stiftung Abbé Pierre und FEANTSA begrüßen diese Initiative und hoffen, dass auf dem Sozialgipfel am 7. und 8. Mai 2021 in Porto klare Ziele für die Mitgliedsstaaten formuliert werden.
- **Null Obdach- und Wohnungslosigkeit nach der Pandemie:** Es ist von entscheidender Bedeutung, das Ende der während der Pandemie ergriffenen Sondermaßnahmen zum Schutz der Ärmsten genau zu planen, um in den kommenden Jahren keine neue Generation von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffener Menschen zu schaffen. Diese einmalige Gelegenheit sollte ergriffen und die EU-Instrumente mobilisiert werden, um einen

⁸ ARA (2021), Homelessness in Finland 2020, [https://www.ara.fi/en-US/Materials/Homelessness_reports/Report_2021_Homelessness_in_Finland_2020\(60242\)](https://www.ara.fi/en-US/Materials/Homelessness_reports/Report_2021_Homelessness_in_Finland_2020(60242))

Paradigmenwechsel und einen Systemwandel herbeizuführen. **Dies kann durch eine "Housing First"-gestützte Politik geschehen, um den Weg für einen humaneren, weniger kostspieligen und effektiveren Kampf gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit zu bereiten.**

- **Koordinierung gemeinsamer Instrumente in der gesamten EU** durch die Organisation einer Europäischen Nacht der Solidarität in Verbindung mit Gemeinden und Stadtverwaltungen, um einen unmittelbaren Überblick über die Profile obdachloser Personen und deren Anzahl zu erhalten.
- **Entwicklung gemeinsamer statistischer Indikatoren**, um einen Einblick in die Obdach-/Wohnungslosigkeit auf europäischer Ebene zu erhalten.
- **Angemessene Aufnahme standards für alle Personen in Notunterkünften** sicherstellen, d.h. keine Schlafsäle oder Gemeinschaftsduschen, Nachtunterkünfte durch Einrichtungen ersetzen, die tagsüber und nachts zur Verfügung stehen, die Achtung der Privatsphäre fördern und kurze Zeitlimits für die Nutzung von Notunterkünften setzen.
- Verpflichtung zur Einhaltung der "**Homeless Bill of Rights**"⁹ von Housing Rights Watch und der Stiftung Abbé Pierre.
- Einbeziehung der Monitorierung von Notfallmaßnahmen und deren Kosten in das "Europäischen Semester".
- Förderung von **Mietpreiskontrollen in Großstädten und Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten**, um sicherzustellen, dass Wohnkosten in einem angemessenen Verhältnis zu den Haushaltseinkünften stehen.
- Förderung der Schaffung universeller **Mietgarantie-Instrumente, um gefährdeten Gruppen wie jungen Menschen den Zugang zum privaten Wohnungsmarkt zu erleichtern**, ohne die Diskriminierung auf Wohnungsmärkten mit hoher Nachfrage zu verstetigen.
- Ein garantiertes **Mindesteinkommen für bedürftige junge Menschen** angesichts der Pandemie, damit diese nicht nur überleben, sondern auch einen Weg in die Selbständigkeit finden. Gleichzeitig braucht es eine Erweiterung der Ausbildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten.
- **Ausreichende Wohnbauförderung**, damit auch finanziell am schlechtesten gestellten Personen Zugang zu Wohnraum haben.
- Gewährleistung eines ausreichenden **Angebots an Sozialwohnungen oder erschwinglichen Wohnungen**, das die Bedürfnisse der Mieter*innen nicht nur in Bezug auf die Miete, sondern auch in Bezug auf Unterstützungsleistungen erfüllt.

⁹ The Homeless Bill of Rights:

<https://www.housingrightswatch.org/sites/default/files/The%20Homeless%20Bill%20of%20Rights%20-%20A4.pdf>

- **Verhinderung von Zwangsräumungen und die Sicherung der Rechte von Mieter*innen.**
- Nutzung der EU-Initiativen "**Neues Europäisches Bauhaus**" und "**Renovierungswelle**", um Lösungen für Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind, zu finden und ihnen Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum zu garantieren.